

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Oktober 2018, mit dem ein Beschluss vom 19. Oktober 2018 betreffend "Armutgefährdung von Kindern und Jugendlichen / Mindestsicherung" vorgelegt wird.
2. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Oktober 2018, mit dem ein Beschluss vom 19. Oktober 2018 betreffend "Verstärkte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Kinderschutzzentren" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 24. Oktober 2018, mit dem eine Resolution vom 24. Oktober 2018 betreffend "ökologische Steuerreform" vorgelegt wird.
4. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol vom 23. Oktober 2018, mit dem zehn Resolutionen und Anträge der 174. Kammervollversammlung vom 19. Oktober 2018 vorgelegt werden.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Deutsch-Griffen vom 23. Oktober 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Lockerung der Datenschutz-Grundverordnung" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Sallingberg vom 24. Oktober 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Schutzstatus und Rückkehr des Wolfes" vorgelegt wird.
7. Schreiben von zwei Gemeinden (Deutsch-Kaltenbrunn, Bruckneudorf), mit denen Resolutionen betreffend "EU-Trinkwasser-Richtlinie" vorgelegt werden.
8. Schreiben von zwei Gemeinden (Attnang-Puchheim, Pötting), mit denen Resolutionen betreffend "Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen" vorgelegt werden.
9. E 29-NR/XXVI.GP vom 24. Oktober 2018 betreffend "bis zu 24 Monate Anrechnung von Karenzzeiten in allen Kollektivverträgen" (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 30-NR/XXVI.GP vom 24. Oktober 2018 betreffend "Einbeziehung von Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des Einführungserlasses und Evaluierung der Neuregelung" (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 31-NR/XXVI.GP vom 25. Oktober 2018 betreffend "die aktuelle politische Situation in der Türkei" (Wortlaut siehe Beilage).

12. E 32-NR/XXVI.GP vom 25. Oktober 2018 betreffend "Jamal Kashoggi" (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 33-NR/XXVI.GP vom 25. Oktober 2018 betreffend "konsequentes Auftreten gegen die Todesstrafe" (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 34-NR/XXVI.GP vom 25. Oktober 2018 betreffend "die herrschenden Menschenrechtsverstöße in Nicaragua" (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 35-NR/XXVI.GP vom 25. Oktober 2018 betreffend "die Fortführung des Einsatzes für die Rechte von verfolgten Christen in aller Welt" (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 24. Oktober 2018

betreffend bis zu 24 Monate Anrechnung von Karenzzeiten in allen Kollektivverträgen

Die Bundesregierung wird ersucht mit den Sozialpartnern bzw. den Kollektivvertragspartnern in Gespräche einzutreten, mit dem Ziel, dass bis zu 24 Monate Anrechnung von Karenzzeiten in allen Kollektivverträgen und Berufen in der diesjährigen Herbstlohnrunde verankert wird. Sollte die Anrechnung der Karenzzeiten über die Kollektivvertragsverhandlungen nicht funktionieren, wird die Bundesregierung eine gesetzliche Neuregelung bis Ende des Jahres vorlegen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 24. Oktober 2018

betreffend Einbeziehung von Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des Einführungserlasses und Evaluierung der Neuregelung

Die Bundesministerin für Frauen, Familie und Jugend wird ersucht,

- Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des an die Finanzämter adressierten Einführungserlasses zur Vollziehung der gegenständlichen Sicherstellung der erhöhten Familienbeihilfe für alle Menschen mit Behinderung, die bisher einen Eigenanspruch hatten, einzubeziehen und
- die Vollziehung dieser Bestimmungen auf Basis eines laufenden Monitorings im Hinblick auf Einzelfälle und Gesamtvolumen ein Jahr nach Inkrafttreten einer Evaluierung zu unterziehen und diese in Form eines Berichts dem Parlament zuzuleiten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 25. Oktober 2018

betreffend die aktuelle politische Situation in der Türkei

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres wird ersucht, sich im Lichte dieser Entwicklungen auch weiterhin für einen Abbruch der Beitrittsgespräche der Türkei zur Europäischen Union einzusetzen.

Des Weiteren wird die Bundesregierung ersucht, sich für die Verbesserung der Situation von Journalistinnen und Journalisten sowie Oppositionspolitikerinnen und Politikern einzusetzen sowie die besorgniserregende Menschenrechtssituation der kurdischen Zivilbevölkerung in bilateralen Kontakten anzusprechen und sich auf allen Ebenen für eine Verbesserung der Situation der Betroffenen einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 25. Oktober 2018

betreffend Jamal Khashoggi

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Äußeres, Europa und Integration, wird ersucht, sich umgehend und mit Nachdruck für eine vollständige Aufklärung des Mordes an Jamal Khashoggi einzusetzen und alle Anstrengungen zu unternehmen, dies auch im Rahmen der Europäischen Union umzusetzen.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, eine unabhängige, internationale Untersuchung zu fordern und eindringlich dafür einzutreten, dass die Verantwortlichen für den Mord vor Gericht gestellt werden. Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, die bestehenden Instrumente zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten bestmöglich zu nutzen und eine mögliche UNO-Konvention zum weltweiten Schutz der Rechte von Journalistinnen und Journalisten zu unterstützen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 25. Oktober 2018

betreffend konsequentes Auftreten gegen die Todesstrafe

Die Bundesregierung wird ersucht, sich auf bilateraler und multilateraler Ebene weiterhin für

1. die Einführung fairer Gerichtsverfahren entsprechend den internationalen Menschenrechtsstandards,
2. die Umwandlung verhängter Todesstrafen in Freiheitsstrafen,
3. die bedingungslose Einhaltung des Verbots der Hinrichtung von Personen, die zum Tatzeitpunkt unter 18 Jahre alt waren sowie
4. die generelle Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 25. Oktober 2018

betreffend die herrschenden Menschenrechtsverstöße in Nicaragua

Die Bundesregierung wird ersucht, auf EU- und bilateraler Ebene weiterhin gegen die derzeit in Nicaragua stattfindenden schweren Menschenrechtsverletzungen aktiv aufzutreten und darauf hinzuwirken, dass der nationale Friedensdialog weitergeführt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 25. Oktober 2018

betreffend die Fortföhrung des Einsatzes für die Rechte von verfolgten Christen in aller Welt

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, sich wie im Regierungsprogramm vorgesehen international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einzusetzen.